

Klimaticket in Gefahr: FPÖ und ÖVP planen drastische Einschnitte!

FPÖ und ÖVP planen budgetäre Einsparungen: Klimabonus und gratis Klimatickets fallen möglicherweise weg. Details [hier!](#)

Österreich - Das kostenlose Klimaticket für 18-Jährige steht kurz vor dem Aus! Wie **5min.at** berichtet, haben die FPÖ und ÖVP im Zuge ihrer Haushaltsverhandlungen beschlossen, den Klimabonus zu streichen, was zur Streichung von diesem beliebten Ticket führen könnte. Noch bis Ende 2024 konnten alle, die ihren 18. Geburtstag feierten, ein Jahr lang gratis den öffentlichen Verkehr in ganz Österreich nutzen – doch damit könnte bald Schluss sein. Insgesamt würde diese Maßnahme dem Staat etwa 120 Millionen Euro einsparen. Die Entscheidung über die Zukunft des Klimatickets steht jedoch noch aus, da die Regierungsbildung noch nicht abgeschlossen ist.

Ein Umbenennen und Preiserhöhungen

Das Klimaticket selbst soll trotz der angestrebten Veränderungen nach aktuellem Stand bestehen bleiben, jedoch möglicherweise umbenannt werden in Österreich-Ticket. Zudem wurden bereits zu Anfang des Jahres die Ticketpreise erhöht: Das reguläre Klimaticket kostet jetzt 1.179,30 Euro – eine spürbare Verteuerung für viele Nutzer. **Die Presse** hebt hervor, dass die Regierung beabsichtigt, diese steigenden Kosten mit einer CO₂-Steuer zu kompensieren, die dem Budget mehr als 1,2 Milliarden Euro einbringen soll. Bisher wurden diese Einnahmen durch den Klimabonus an die Bürger zurückgegeben, doch mit dessen Streichung fließen sie nun direkt in die Staatskassen.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) äußerte deutliche Kritik an den Plänen: „Gerade für junge Menschen bedeutet das Klimaticket ein Stück Freiheit – eine Freiheit, die FPÖ und ÖVP ihnen nun nehmen wollen.“ Beobachter befürchten, dass diese politischen Entscheidungen den öffentlichen Verkehr ernsthaft schwächen und die Verkehrswende gefährden könnten. Während das Volk klammheimlich darauf wartet, wie sich die Situation entwickeln wird, scheinen die in der Regierungsbildung stehenden Parteien fest entschlossen, ihre Pläne durchzuziehen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at